

ABSICHTSERKLÄRUNG

zwischen

Stadt Duisburg, einer deutschen Großstadt und Kommune nach dem Recht und der Verfassung Deutschlands, mit Hauptsitz in Duisburg (NRW, Deutschland), Rathaus, Burgplatz 19, D-47049 Duisburg, ordnungsgemäß vertreten durch ihren Oberbürgermeister Herrn Sören Link (nachfolgend als „**DU**“ bezeichnet),

Huawei Technologies, einer nach den Gesetzen Deutschlands ordnungsgemäß gegründeten Kapitalgesellschaft, mit operativem Hauptsitz in China, ordnungsgemäß vertreten durch Herrn Wang Yonggang, Der CFO Der Huawei Enterprise, (nachfolgend als „Huawei“ bezeichnet),

wobei DU und Huawei gemeinsam als „Parteien“ und einzeln als „Partei“ bezeichnet werden.

VORBEMERKUNGEN:

- **DU** ist eine deutsche Großstadt und Kommune, die Innovation durch Digitalisierung fördert, was der Schaffung von Nutzen zugunsten ihrer Bürger, Gäste, verbundenen Unternehmen und Wirtschaft dient.
- **Huawei** ist ein führendes Unternehmen im Bereich der IKT-Lösungen, das kontinuierlich Innovationen auf der Basis der Kundenbedürfnisse vornimmt und sich der Verbesserung des Kundenerlebnisses und der Schaffung von maximalem Nutzen für Telekommunikationsanbieter, Unternehmen und Verbraucher verschrieben hat.

DAHER vereinbaren die Parteien nun als Gegenleistung für die hierin enthaltenen gegenseitigen Versprechen wie folgt:

1. ZIELE DER BEZIEHUNG

- 1.1 Eine der Hauptprioritäten von **DU** ist die Verbesserung der Lebensqualität und der Sicherheit seiner Bürger durch Steigerung der örtlichen Innovation, Investition und Forschung und Entwicklung. Der Ansatz von **DU** basiert auf der Stärkung des Wissens, der Effizienz, des gesellschaftlichen Lebens und der Innovation als Triebkräfte seines zukünftigen Wachstums und der umweltfreundlichen Nutzung von Ressourcen. Dies erfordert die Verbesserung der Bildungsqualität, die Stärkung der Forschungsleistung,

die Förderung der Innovation, der Effizienz und des Wissenstransfers, die umfassende Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien und die Sicherstellung, dass innovative Ideen in neue Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können, die Wachstum für seine allgemeine örtliche Wirtschaft und seine verbundenen Unternehmen sowie Nutzen für seine Bürger schaffen.

DU ist bereit, Huawei zu erlauben, sich gemeinsam an einer innovativen IKT-Lösung mit Partner-Ökosystem zu beteiligen und zu einer solchen beizutragen, sodass sich Duisburg in bestimmten vertikalen Bereichen, wie Versorgungs-, Logistik- und Transportsektoren, verbessern kann, um für Menschen und Investoren attraktiver zu werden.

Die Zusammenarbeit sollte dazu beitragen, die Sichtbarkeit von Duisburg gegenüber der deutschen und chinesischen Bevölkerung sowie deutschen und chinesischen Akademikern und potenziellen Investoren zu erhöhen. Huawei wird dies entsprechend durch Veranstaltungen, die von jeder Partei organisiert werden, und akademische Programme in Deutschland und China unterstützen.

- 1.2 **Huawei** ist bereit, seine Fähigkeit in der Digitalisierung einzubringen, um die Lebensweise, die Sicherheit, das Kundenerlebnis und den Komfort der Bürger und Besucher von Duisburg innerhalb der Stadt mit Lösungen, Produkten, seinem Partner-Ökosystem, besten Praktiken und Beratung für ein glückliches und erfolgreiches Leben zu verbessern, das auch Menschen, die außerhalb von Duisburg leben, anzieht, um in Duisburg zu leben und zu investieren.
- 1.4 Die Parteien dieser Absichtserklärung möchten in Gespräche über die Entwicklung möglicher Synergien in ihren jeweiligen Ansätzen und Methoden eintreten, um innovative IKT-Konzepte für intelligente und sichere Städte, auch zusammen mit örtlichen Partnern, Forschungseinrichtungen und Universitäten in Duisburg und China, zu entwerfen und zu erstellen.
- 1.5 Huawei möchte insbesondere zur Zielsetzung von Duisburg beitragen durch:
 - Entwicklung von Projekten für intelligente und sichere Städte mittels DVV und DU-IT mit Sitz in Duisburg;
 - Demonstration der LTE-Technologie und Infrastrukturen von Huawei;
 - Stimulierung der Entwicklung neuer Technologien wie „5G“;
 - Vermittlung seines technischen Know-hows an die Behörden und die Universität von Duisburg, um ein vorteilhaftes technologisches Ökosystem zu errichten und Kooperationen zu fördern, die zu gegenseitigem Lernen der Beteiligten führen;
 - Verbesserung und Konsolidierung der örtlichen Kompetenzen durch synergetische Kooperationen zwischen den kommunalen Behörden und dem privaten Sektor.

- 1.7 Der Umfang der Dienstleistungen und der Lösung (die „Anwendungsfälle“), die zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Betracht gezogen werden und über die man sich einig ist, sind in Anhang A dieser Absichtserklärung dargelegt. Anhang A („die Anwendungsfälle“) definiert den Umfang der Dienstleistungen und der Lösungen.
- 1.8 Die Verantwortlichkeiten und Ziele der Parteien sind nachfolgend in unverbindlichen Geschäftsbedingungen dargelegt.

2. CHARAKTER DIESER ABSICHTSERKLÄRUNG

- 2.1 Die Parteien sind sich bewusst, dass diese Absichtserklärung lediglich dazu dient, die gegenwärtige Vision der Parteien zusammenzufassen und ihre weiteren Gespräche über bestimmte Ziele zu erleichtern, die die Parteien festlegen werden. Diese Absichtserklärung dient ausschließlich zu Diskussionszwecken.
- 2.2 Die Parteien vereinbaren, dass die Bestimmungen dieser Absichtserklärung nicht bindend sind und keine rechtlichen Ansprüche oder Verpflichtungen seitens einer der beiden Parteien begründen, ausgenommen in Bezug auf die Abschnitte 3 (Vertrauliche Informationen), 5.3 (Haftung und Verzicht auf Schadensersatz für Folgeschäden) und 5.8 (Rechte des geistigen Eigentums). Die Parteien vereinbaren, auf eigene Gefahr und Kosten bezüglich des Gegenstandes dieser Absichtserklärung bis zum Ablauf oder zur Kündigung dieser Absichtserklärung, je nachdem, was früher eintritt, fortzufahren. Diese Absichtserklärung ist nichtausschließlich und keine der beiden Parteien ist daran gehindert, ähnliche Transaktionen mit Dritten einzugehen.
- 2.3 Jede Partei bestätigt, dass die andere Partei weder Zusicherungen oder Gewährleistungen zukünftiger Erträge, Verkaufschancen oder Gewinne, die aus oder im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieser Absichtserklärung entstehen, gegeben noch sich auf solche verlassen hat. Die Parteien bestätigen, dass keine Partei berechtigt ist, im Vertrauen auf Versprechen oder Zusicherungen der gegenwärtigen Absicht, die angeblich in dieser Absichtserklärung enthalten ist, zu handeln. Nichts in dieser Absichtserklärung schließt eine Haftung aus, die eine Partei andernfalls gegenüber der anderen Partei in Bezug auf betrügerische Aussagen hätte.
- 2.4 Für die Stadt Duisburg umfasst diese Absichtserklärung alle ihre verbundenen Unternehmen und Verantwortungsbereiche.

- 2.5 Diese Absichtserklärung schafft einen unverbindlichen Kooperationsrahmen, innerhalb dessen die Parteien potenzielle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zur Erreichung ihrer jeweiligen Ziele erkunden können.

3. VERTRAULICHE INFORMATIONEN

- 3.1 Der Ausdruck „vertrauliche Informationen“ im Sinne dieser Absichtserklärung bezeichnet alle Informationen, die eine der beiden Parteien gegenüber der anderen entweder direkt oder indirekt, schriftlich, mündlich oder durch Inaugenscheinnahme von materiellen Gegenständen (insbesondere Dokumenten, Prototypen, Mustern, technischen Daten, Geschäftsgeheimnissen, Know-how, Forschung, Produktplänen, Dienstleistungen, Kunden, Märkten, Software, Erfindungen, Prozessen, Designs, Zeichnungen, Marketingplänen, der Finanzlage und der Sachanlagen einer Partei) offenlegt, die als „vertraulich“, „geschützt“ oder mit einer ähnlichen Bezeichnung bezeichnet sind oder die aufgrund ihrer Art oder ihres spezifischen Inhalts generell als vertraulich und/oder geschützt gelten.

Die Parteien vereinbaren, alle vertraulichen Informationen, die im Rahmen dieser Absichtserklärung und/oder eines weiteren Dokuments oder Akts im Zusammenhang mit dieser Absichtserklärung offengelegt werden, vertraulich zu behandeln. Der Ausdruck „vertrauliche Informationen“ beinhaltet sowohl die vertraulichen Informationen jeder Partei als auch alle Informationen zur IT-Infrastruktur.

Daher verpflichten sich die Parteien, vertrauliche Informationen, die der offenlegenden Partei gehören, gegenüber keiner Person offenzulegen, ausgenommen ihre Mitarbeiter, Vertreter, Berater oder Unterauftragnehmer, die sie im Zusammenhang mit der Ausschreibung / dem Projekt unbedingt kennen müssen.

Falls eine Offenlegung gegenüber einem verbundenen Unternehmen einer Partei erforderlich ist, muss dies von der offenlegenden Partei vorher schriftlich genehmigt werden.

Die empfangende Partei verpflichtet sich hiermit, alle ihre relevanten Mitarbeiter, Vertreter, Berater, Auftragnehmer und Unterauftragnehmer über den vertraulichen Charakter der von der offenlegenden Partei offengelegten vertraulichen Informationen und die Bestimmungen dieser Klausel 3 in Kenntnis zu setzen und alle Schritte zu unternehmen, die jeweils notwendig sind, um sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiter, Vertreter, Berater, Auftragnehmer und Unterauftragnehmer diese Bestimmungen einhalten.

Die empfangende Partei bleibt für jegliche Offenlegung vertraulicher Informationen durch ihre Mitarbeiter, Vertreter, Berater und

Unterauftragnehmer, wie in dieser Klausel 3 beschrieben, haftbar, als ob die empfangende Partei die Offenlegung selbst vorgenommen hätte.

- 3.2. Die Parteien erlauben sich gegenseitig die Offenlegung der Existenz und einer Zusammenfassung dieser Absichtserklärung zum Zweck von Pressemitteilungen und damit verbundenen Veranstaltungen.

4. LAUFZEIT UND KÜNDIGUNG

- 4.1 Die Laufzeit dieser Absichtserklärung beginnt am Datum ihres Wirksamwerdens, wie in dieser Absichtserklärung definiert, und dauert fünf (5) Jahre.
- 4.2 Jede unterzeichnende Partei kann diese Absichtserklärung aus jeglichem Grund oder ohne Angabe von Gründen jederzeit schriftlich gegenüber der anderen Partei mit sofortiger Wirkung kündigen.
- 4.3 Bei Kündigung dieser Absichtserklärung ist keine Partei verpflichtet, die hierin dargelegten Aktivitäten fortzusetzen, und alle Verpflichtungen und Rechte der Parteien enden mit Ausnahme der Abschnitte 3 (Vertrauliche Informationen), 5.3 (Haftung und Verzicht auf Schadensersatz für Folgeschäden) und 5.8 (Rechte des geistigen Eigentums) dieser Absichtserklärung; diese Bestimmungen überdauern den Ablauf oder die Kündigung.

5. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- 5.1 Änderung. Eine Änderung, Ergänzung oder Modifikation einer Bestimmung dieser Absichtserklärung ist nur wirksam, wenn sie in einer schriftlichen Urkunde niedergelegt ist, die von allen Parteien unterschrieben ist.
- 5.2 Gesamte Vereinbarung. Diese Absichtserklärung legt die gesamte Vereinbarung dar und ersetzt alle und jegliche früheren oder gleichzeitigen schriftlichen oder mündlichen Vereinbarungen der Parteien in Bezug auf den hierin dargelegten Umfang, welche alle ausgeschlossen sind, ausgenommen bei arglistiger Täuschung. Die Parteien bestätigen, dass zum Datum dieser Absichtserklärung keine bindenden Verpflichtungen zwischen den Parteien in Bezug auf den Gegenstand dieser Absichtserklärung bestehen, ausgenommen wie gegebenenfalls hierin vorgesehen.
- 5.3 Haftung und Verzicht auf Schadensersatz für Folgeschäden. Außer für die Verletzung der Geheimhaltungsverpflichtung einer Partei oder die Verletzung der Rechte des geistigen Eigentums einer Partei haftet keine der beiden Parteien ungeachtet jeglicher gegenteiligen Bestimmungen in dieser Absichtserklärung gegenüber der anderen aus Vertrag, unerlaubter Handlung

oder einer anderen wie auch immer entstehenden Anspruchsgrundlage für direkte, beiläufig entstehende oder indirekte Verluste oder Schäden oder für Strafschadensersatz oder spezielle oder Folgeverluste oder -schäden jeglicher Art oder für Nutzungsausfall, entgangene Aufträge oder Geschäftschancen, Verlust an Geschäfts- oder Firmenwert oder entgangenen Gewinn. Nichts in dieser Absichtserklärung beschränkt die Haftung einer Partei gegenüber den anderen für Tod oder Körperschäden, die durch Fahrlässigkeit verursacht wurden, oder die deliktische Haftung wegen Täuschung.

- 5.4 Auslegung. Falls eine Bestimmung dieser Absichtserklärung mit dem Recht, nach dem diese Absichtserklärung auszulegen ist, kollidiert oder falls eine solche Bestimmung von einem für die Parteien dieser Absichtserklärung zuständigen Gericht für unwirksam erklärt wird, gilt diese Bestimmung als so umformuliert, dass sie den ursprünglichen Absichten der Parteien in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Recht so nahe wie möglich kommt, und der Rest dieser Absichtserklärung bleibt uneingeschränkt wirksam und in Kraft.
- 5.5 Streitbeilegung. Alle Parteien stimmen zu, dass ein Streit zwischen den Parteien in Bezug auf diese Absichtserklärung zuerst den Führungskräften der jeweiligen Parteien vorgelegt wird, um sie innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Vorlage gütlich beizulegen. Falls die Führungskräfte nicht imstande sind, den Streit gütlich beizulegen, vereinbaren die Parteien, dass der Streit ausschließlich und endgültig von einem deutschen Gericht beizulegen ist. Es wird ausdrücklich vereinbart, dass diese Absichtserklärung den Gesetzen Deutschlands unterliegt. Diese Absichtserklärung wird in deutscher und englischer Sprache ausgefertigt. Im Falle von Abweichungen zwischen der deutschen und der englischen Fassung hat die deutsche Fassung Vorrang.
- 5.6 Unabhängige Vertragspartner. Die Parteien dieser Absichtserklärung sind unabhängige Parteien. Keine Partei ist eine Bevollmächtigte, Vertreterin oder Gesellschafterin der anderen Partei. Keine Partei verfügt über das Recht, die Befugnis oder die Vollmacht, für die andere Partei oder im Namen der anderen Partei eine Vereinbarung zu schließen oder eine Verpflichtung oder Verbindlichkeit einzugehen oder die andere Partei anderweitig zu binden. Diese Absichtserklärung darf nicht dahingehend interpretiert oder ausgelegt werden, dass sie eine Vereinigung, Agenturbeziehung, ein Joint Venture oder eine Gesellschaft zwischen den Parteien schafft oder dass sie einer Partei eine auf diese Beziehung zurückzuführende Verbindlichkeit auferlegt.
- 5.7 Mitteilung. Mitteilungen, die im Rahmen der Vereinbarung zuzustellen sind, müssen in nichtelektronischer schriftlicher Form erfolgen und werden bei Zugang unter den in Abschnitt 5.7.1 angegebenen Anschriften wirksam. Die Zustellung kann persönlich oder per Fax mit schriftlicher Empfangsbestätigung

oder per Einschreiben oder per Telex mit später bestätigtem Schreiben erfolgen.

5.7.1 Sofern in dieser Vereinbarung nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben ist, sind alle Benachrichtigungen und Mitteilungen an die folgenden Anschriften zu adressieren:

für Huawei:

Huawei Technologies Deutschland GmbH,

~~Hauptverwaltung: Fasangang 3, 60309 Frankfurt am Main, Deutschland~~

~~Telefon: +49 (0) 69 35 48 00 00, Telefax: +49 (0) 69 35 48 00 01~~

~~E-Mail: huawei@huawei.com, huawei.de@huawei.com~~

für Duisburg:

Stadt Duisburg

~~Zentrum für Innovationen und Technologie~~

~~Postfach 10 15 50, 47033 Duisburg, Deutschland~~

~~Telefon: +49 (0) 212 35 35 35, Telefax: +49 (0) 212 35 35 36~~

5.7.2 Die Parteien können ihre Anschrift für Mitteilungen jederzeit ändern; die Mitteilung einer solchen Änderung muss in der gleichen Weise, wie in Abschnitt 3.1 beschrieben, zugestellt werden.

5.7.3 Alle Korrespondenz zwischen den Parteien im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser Vereinbarung ist an die jeweiligen in Abschnitt 5.7.1 angegebenen Anschriften, wie jeweils gemäß Abschnitt 5.7.2 geändert, zu senden.

5.8 Rechte des geistigen Eigentums. Alle vor dem Datum des Wirksamwerdens dieser Absichtserklärung bestehenden Rechte des geistigen Eigentums gehören der Partei, die die Inhaberin dieser Rechte unmittelbar vor dem Datum des Wirksamwerdens war. Keine Partei erwirbt kraft dieser Vereinbarung irgendwelche Eigentumsrechte oder Nutzungsrechte an Urheberrechten, Patenten, Geschäftsgeheimnissen, Marken oder anderen Rechten des geistigen Eigentums, die der anderen Partei gehören. Falls die Parteien beschließen, eine gemeinsame Entwicklung gemäß dieser Absichtserklärung vorzunehmen, wird diese gemeinsame Entwicklung einer gesonderten gemeinsamen Entwicklungsvereinbarung unterliegen, die von den Parteien nach Treu und Glauben auszuhandeln und vor Beginn jeglicher gemeinsamer Entwicklungsanstrengungen zu unterzeichnen ist.

5.9 Öffentliche Bekanntgabe. Unbeschadet der obigen Klausel 3.2 unterliegt jegliche öffentliche Bekanntgabe und/oder Werbung im Zusammenhang mit dieser Absichtserklärung einer gegenseitigen schriftlichen Vereinbarung der

Parteien vor einer entsprechenden Offenlegung oder Veröffentlichung. Keine Partei ist daran gehindert, ihre normalen Marketinganstrengungen im Zusammenhang mit dem Verkauf ihrer Standardprodukte und -dienstleistungen zu unternehmen.

UNTERSCHRIFTEN

Duisburg

Durch

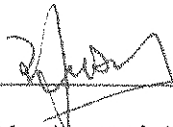


Name in Maschinenschrift: Sören Link, Oberbürgermeister

Geschehen zu Shenzhen, am 23. Oktober 2017

Huawei Technologies Deutschland GmbH.

Durch



Name in Maschinenschrift: Herr Wang Yonggang, Der CFO Der Huawei Enterprise

Geschehen zu Shenzhen, am 23. Oktober 2017